

Präses Nikolaus Schneider war hier

Der große Saal im Ev. Gemeindehaus in Gummersbach war von vielen interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern besetzt, die Nikolaus Schneider, den Präses der Ev. Kirche im Rheinland, zum Thema: „Die Rhein. Kirche und der jüdische Staat Israel und der Nahostkonflikt aus theologischer Perspektive“ hören wollten. Holger Banse, Vorsitzender der Oberbergischen Gesellschaft für Christl.-Jüd. Zusammenarbeit, zeigte sich bei der Begrüßung erfreut, daß der Gummersbacher Gospelchor die musikalische Rahmgestaltung übernommen hatte. Ein besonderes Grußwort galt Superintendent Jürgen Knabe. Unter den Zuhörern war eine bemerkenswert große Zahl Pastoren aus der Synode an der Agger.

„Die Rheinische Kirche und der jüdische Staat Israel sind zwei sehr unterschiedliche Größen“, stellte Schneider eingangs fest. Trotzdem habe sich die Kirche auf dem Hintergrund des unsagbaren Verbrechens an den Juden im Hitler-Reich auf den Weg gemacht, sich dem Staat Israel und den Juden überhaupt zu nähern. Eine wesentliche Triebkraft für dieses Vorhaben sei der langjährige NRW-Ministerpräsident und spätere Bundespräsident Johannes Rau gewesen. Rau habe als Mitglied der Landessynode und als Mitglied im Synodalvorstand diese Aufgabe immer wieder angemahnt, selbst aber auch in vielen Reden Zeichen gesetzt.

Schneider gliederte seinen Vortrag in vier Punkte. An erster Stelle wies er darauf hin, dass Israel ein säkularer Staat sei, durch demokratischen Beschluss in der UNO im November 1947 völkerrechtlich völlig korrekt entstanden. Israel hätte den UNO-Beschluss sofort akzeptiert, die in Palästina lebenden Araber hätten den ihnen zugedachten Staat und den Staat Israel abgelehnt.

Nun kam für Schneider der schwierigste Punkt. Er zitierte aus dem Synodalbeschluss von 1980 im Wortlaut: „Die Einsicht, daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.“ Aus dieser Feststellung könne keine konkrete politische Handlungsanweisung abgeleitet werden, so Schneider. Die Gründung des Staates Israel sei ein Zeichen, jedoch kein Gottesbeweis.

Danach betrachtete Schneider sehr intensiv den derzeitigen Zustand der Region und reklamierte das Recht, die derzeitige politische Lage kritisch begleiten zu müssen. Er prognostizierte, dass die in der Region lebenden Juden ohne staatlichen Schutz mindestens vertrieben werden würden. Er schilderte viele Beispiele von Menschenrechtsverletzungen durch jüdisches Handeln. Längst nicht alle diese Handlungen seien Regierungshandeln. Doch dort würde zu wenig oder nichts getan, um den Menschenrechtsverletzungen entgegen zu wirken. Für Israel stellte er aber fest, dass Israel ein Rechtsstaat sei und die Gerichte häufig, Zeichen setzend, eingreifen würden. Auf der arabischen Seite wären dagegen manche Hinrichtungen wegen Kollaboration bekannt geworden. Zudem würden die arabischen Christen erhebliche Mühen bereiten. So wäre u.a. von einem Pfarrer verlangt worden, dass die Rheinische Kirche Gespräche auf israelischer Seite zu unterlassen habe. Schneiders Resümee zu diesem Punkt: „Das ist alles höchst komplex und kompliziert.“ Schneider schloss mit der Mahnung an die Zuhörer, keine Schwarz-Weiß-Malerei zu betreiben. „Nur die Beteiligten können den Konflikt lösen,“ so sein Credo. Gesprächsmöglichkeiten, die sich anböten oder zu suchen wären, sollten durch die Kirche genutzt werden. Die Kirche sei verpflichtet, die Hoffnung auf eine Lösung aufrecht zu erhalten. Schneider schloss mit einem Zitat von Johannes Rau: „Ewige Feindschaft muss es nicht geben. Geschichte kann auch gelingen.“